Stellungnahme

der Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main**
zum Gesetzentwurf der Hessischen Landesregierung
„Zweites Gesetz zur Änderung hessischer Vollzugsgesetze“
(Landtagsdrucksache 20/2967
- <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/7/02967.pdf>)

Mit dem Gesetzentwurf der Hessischen Landesregierung für ein Zweites Gesetz zur Änderung hessischer Vollzugsgesetze ist beabsichtigt, das Hessische Strafvollzugsgesetz (HStVollzG), das Hessische Jugendstrafvollzugsgesetz (HessJStVollzG), das Hessische Untersuchungshaftvollzugsgesetz (HUVollzG), das Hessische Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz (HSVVollzG) und das Hessische Jugendarrestvollzugsgesetz (HessJAVollzG) in ihrer Geltungsdauer zu entfristen und umfangreiche Veränderungen und Ergänzungen an den genannten Gesetzen vorzunehmen.

Mit diesem Vorhaben ist auch beabsichtigt, Neuregelungen in die genannten Gesetze aufzunehmen, mit denen datenschutzrechtliche Belange und Interessen

- der Beschäftigten im Justizvollzug,
- der in den entsprechenden Einrichtungen einsitzenden Menschen und
- der sie besuchenden oder anderweitig zeitweilig in den entsprechenden Einrichtungen anwesenden Menschen

berührt und nachteilig verändert würden. Dies sind insbesondere Veränderungen im Bezug auf

- die Erweiterung von Rechten des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz,
- die Ermöglichung des Einsatzes von Bodycams in den Justizvollzugsanstalten.

Zu diesen Vorhaben nimmt die Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** Stellung. Bezug genommen wird dabei jeweils auf beabsichtigte Änderungen oder Ergänzungen im Hessischen Strafvollzugsgesetz (HStVollzG). Soweit in den anderen im Gesetzentwurf genannten Gesetzen (HessJStVollzG, HUVollzG, HSVVollzG und HessJAVollzG) vergleichbare Änderungen oder Ergänzungen vorgenommen werden sollen, gelten die nachstehenden Bewertungen auch für diese Gesetze.

Stellung genommen wird zur beabsichtigten

- Ausweitung der Zuverlässigkeitsüberprüfung auf jede Form der Kontaktaufnahme;
- deutlichen Verkürzung der Intervalle der Zuverlässigkeitsüberprüfung;
- Erhebung und des Austauschs sicherheitsrelevanter Informationen bei Personen, die einer Freiheitsunterziehung unterliegen;
- Einbeziehung des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Hessen und der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der anderen Bundesländer bei der Überprüfung von Gefangenen, den sogenannten „Fallkonferenzen“ und zur
- Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für den Einsatz sog. Bodycams im Rahmen eines Pilotprojekts;

A.

Ausweitung der Einwirkungsmöglichkeiten des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz (und der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der anderen Bundesländer) auf den Justizvollzug in Hessen

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen hat in der Vergangenheit wiederholt durch seine – auch für Rechtsprechung und parlamentarische Kontrolle – nicht durchschaubare Aktivitäten (genannt seien hier beispielhaft: Die NSU-Mordserie; zuletzt die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke) unter Beweis gestellt, dass es auf Bedrohungen des Rechtsstaats und der Schutzgüter der in Hessen lebenden Menschen nicht wirksam agieren will oder kann.

Mit dem Gesetzentwurf ist aber - trotz vielfältiger parlamentarischer und öffentlicher bzw. medialer Kritik an der Tätigkeit des LfV Hessen - beabsichtigt, dieser Behörde deutlich erweiterte Eingriffsmöglichkeiten in die Abläufe des Justizvollzugs und in die Grundrechte der Inhaftierten, aber auch ihrer Kontaktpersonen, einzuräumen. Mit der beabsichtigten

- Ausweitung der Zuverlässigkeitsüberprüfung auf jede Form der Kontaktaufnahme (§ 58a Abs. 2 HstVollzG sowie §§ 58a Abs. 2 HessJStVollzG, 54a Abs. 2 HUVollzG, 58a Abs. 2 HSVVollzG);
- jährlichen Aktualisierung der Zuverlässigkeitsüberprüfung (§ 58a Abs. 6 HstVollzG sowie §§ 58a Abs. 6 HessJStVollzG, 54a Abs. 6 HUVollzG, 58a Abs. 6 HSVVollzG);
- Erhebung und dem Austausch sicherheitsrelevanter Informationen bei Personen, die einer Freiheitsunterziehung unterliegen (§§ 58a Abs. 3 und 62 Abs. 4 HstVollzG sowie §§ 58a Abs. 3 und 62 Abs. 4 HessJStVollzG, 54a Abs. 3 und 58 Abs. 4 HUVollzG, 58a Abs. 3 und 62 Abs. 4 HSVVollzG);
- Einbeziehung des LfV Hessen und der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der anderen Bundesländer bei der Überprüfung von Gefangenen, den sogenannten „Fallkonferenzen“ (§ 58b HstVollzG sowie §§ 58b HessJStVollzG, 54b HUVollzG, 58b HSVVollzG)

sollen dem LfV Hessen stärkere und neue Eingriffsmöglichkeiten in Grundrechte von Insass*innen hessischer Justizvollzugsanstalten geboten werden, ohne dass die Notwendigkeit der beabsichtigten Veränderungen mit belegbaren Tatsachen oder durch Quellen aus der Wissenschaft bzw. der Praxis des Strafvollzugs gestützt werden.

Beispielhaft sei

- **erstens** darauf verwiesen, dass in der Begründung des Gesetzentwurfs zur Ausweitung der Zuverlässigkeitsüberprüfung auf jede Form der Kontaktaufnahme und zur jährlichen Aktualisierung der Zuverlässigkeitsüberprüfung lediglich erklärt wird: *„Grundsätzlich soll die Möglichkeit einer Zuverlässigkeitsprüfung auf jede Art der Kontaktaufnahme zu Gefangenen ausgedehnt werden“* (Landtagsdrucksache 20/2967 – S. 38) und *„Nach dem bisherigen Gesetzeswortlaut war eine erneute Überprüfung nach fünf Jahren durchzuführen, es sei denn, es ergaben sich konkrete Anlässe, die dies auch zu einem früheren Zeitraum erforderlich machten. Dieser Zeitraum von fünf Jahren wird nicht mehr als praktikabel angesehen...“* (Landtagsdrucksache 20/2967 – S. 39). Belege, Fakten, statistische Daten, die diese Bewertung stützen könnten, werden nicht aufgeführt.
- **Zweitens** wird zur erstmalig geplanten Einbeziehung des LfV Hessen und der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der anderen Bundesländer bei der Überprüfung von Gefangenen, den sogenannten Fallkonferenzen, eingangs erklärt: *„Zunehmend wird der Justizvollzug auch als Teil der Sicherheitsarchitektur der Länder verstanden. Namentlich der Umgang mit extremistischen Gefangenen und Gefangenen, die der organisierten Kriminalität zuzuordnen sind, stellt die Sicherheitsbehörden und den Justizvollzug vor besondere Herausforderungen. Der Informationsaustausch mit den Sicherheitsbehörden ist hierbei von zentraler Bedeutung, um die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten zu*

gewährleisten, um eine auf den einzelnen Gefangenen und seine Bedürfnisse abgestimmte Vollzugs- und Eingliederungsplanung zu ermöglichen, weitergehende Radikalisierungen und Gefährdungen des Vollzugsziels bei anderen Gefangenen zu verhindern und die Sicherheitsbehörden bei fortbestehender Gefahr in die Entlassungsvorbereitung einbinden zu können...“ (Landtagsdrucksache 20/2967 – S. 39). Auch hier fehlen Belege, Fakten oder Quellen aus der Wissenschaft oder aus der Praxis des Strafvollzugs, die diese Bewertung stützen könnten.

Selbst wenn es sachliche Gründe für eine Ausweitung der Befugnisse des LfV Hessen gäbe, wären sie abzulehnen. Das Bundesverfassungsgericht hat eine sehr begrenzte, ja schwache Kontrollbefugnis durch die Bundes- und Landesparlamente gebilligt. Keine oder aber eine schwache Kontrolle führt gerade zu der Bereitschaft von rechtswidrigen Übergriffen. Die Missstände sind oben bereits beschrieben. Sie führen zu kontrollfreien oder kontrollarmen Bereichen des staatlichen Handelns. Diese sind zugleich demokratiefreie Zonen, die nicht geduldet werden dürfen. Es gibt nur die Wahl zwischen entweder vielen Befugnissen für das LfV Hessen mit weitreichenden Kontrollen oder geringen Befugnissen mit entsprechend schwachen Kontrollmechanismen. Eine Ausweitung von demokratiefreien Zonen ist dabei nicht zu dulden. Eine Ausweitung der Kontrollmechanismen sieht dieser Gesetzesentwurf aber nicht vor. Daher sollten auch die Eingriffsbefugnisse des LfV Hessen nicht erweitert werden.

Von der Bürgerrechtsgruppe *dieDatenschützer Rhein Main* werden die Neuregelungen bzw. Verschärfungen der Justizvollzugsgesetze, die eine erneute deutliche Ausweitung der Kompetenzen des LfV Hessen bedeuten, entschieden abgelehnt.

Bereits nach der Novellierung des Hessischen Polizeigesetzes (HSOG) und des Hessischen Verfassungsschutzgesetz im Jahr 2018 hat die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF), unterstützt durch die Bürgerrechtsgruppe *dieDatenschützer Rhein Main* und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen, am 02.07.2019 beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde gegen das neue Hessische Polizeigesetz und Verfassungsschutzgesetz eingelegt. Diese Beschwerde richtet sich gegen die Ausweitung der Überwachungsbefugnisse für das LfV Hessen und die hessische Polizei. Die Kläger*innen, sechs Personen aus Hessen, begründen in ihrer Verfassungsbeschwerde jeweils konkret Eingriffe des LfV Hessen in ihre Grundrechte. Zwei der Kläger*innen sind

- die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız und
- Klaus Landefeld, Mitglied im Aufsichtsrat der DE-CIX Management GmbH, die in Frankfurt den größten deutschen Internetknoten betreibt.

Die von dem Juristen und Kriminologen Prof. Dr. Tobias Singelstein verfasste Klageschrift ist auf der Homepage der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) veröffentlicht (<https://freiheitsrechte.org/home/wp-content/uploads/2019/07/2019-07-01-VB-Hessen-finalohneAdressen.pdf>).

B.

Erstmaliger Einsatz von sog. Bodycams im Rahmen eines Pilotprojekts im Justizvollzug in Hessen

Der Einsatz von Bodycams durch Vollzugsbeamte soll „im Rahmen eines Pilotprojekts“ (Gesetzesentwurf zu §§ 45 Abs. 2 und 65 Abs. 2 HstVollzG sowie §§ 30 Abs. 2 und 61 Abs. 2 HUVollzG) im hessischen Strafvollzug eingeführt werden. Parallelen zum bundesweit erstmaligen Einsatz von

Bodycams in der Polizei in Hessen sind erkennbar. Nach einer Pilotphase im Jahr 2013 wurden Bodycams rund zwei Jahre später landesweit bei den Polizeipräsidien und der Bereitschaftspolizei in Hessen trotz zahlreicher detaillierter Kritikpunkte ohne Änderungen eingeführt.

Die Bürgerrechtsgruppe *dieDatenschützer Rhein Main* lehnt einen Einsatz von Bodycams, gleich in welcher Art von Strafvollzug, entschieden ab. Zur Begründung verweisen wir auf folgende Sachverhalte:

1. Auch Strafgefangene sind Grundrechtsträger. Dies hat zur Folge, dass ein Übermaß an Eingriffen in deren Grundrechte rechts- und verfassungswidrig ist.
2. Anders als Bürger in den öffentlichen Lebensbereichen können sich Strafgefangene einer technischen Überwachungsmaßnahme nicht entziehen – zum Beispiel durch das Wechseln auf die andere Straßenseite. Daher ist der Einsatz von Bodycams für Strafgefangene ein deutlich intensiverer Eingriff in deren Grundrechte als für andere Bürger*innen.
3. Mit dem Einsatz von Bodycams wird der letzte private Bereich des Insassen - die Gefangenzelle – überwacht, ohne dass ein nachvollziehbares Vollzugsziel dabei erreicht werden kann. Dies ist ein tiefer Eingriff in die Reste von Privatsphäre von Strafgefangenen und Untersuchungshäftlingen. Der Polizei in Hessen ist ein vergleichbarer Einsatz nicht gestattet, sie darf Bodycams in privaten Wohnungen nicht nutzen (§ 14 Abs. 6 HSOG).
4. Der Einsatz von Bodycams im Justizvollzug kann nicht deeskalierend wirken sondern erhöht den Überwachungsdruck und ist damit bereits selbst eine Form der Eskalation eines jeden Konfliktes im Vollzug.
5. Eine schützende Wirkung – für wen auch immer - kann so nicht entfaltet werden. Erhöhter Druck provoziert, Konflikte können so entstehen oder vertieft werden, insbesondere wenn Impulsivität im Spiel ist.
6. Der Einsatz von Bodycams führt auch zur Überwachung der Bediensteten des Vollzugsdienstes. Eine Verbesserung der Arbeit dieser Bediensteten hierdurch ist nicht ersichtlich und wird in der Begründung des Gesetzes nicht einmal behauptet. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (Landesverband Hessen) hat sich in einer Stellungnahme vom 15.04.2020 (http://www.bsbd-hessen.de/_private/news/2020/BSBDStNVollzugsgesetze4-2020.pdf) aus nachvollziehbaren, auch datenschutzrechtlichen Gründen gegen den Einsatz der BodyCams ausgesprochen. Die in dieser Stellungnahme abgegebene datenschutzrechtliche Bewertung wird von der Bürgerrechtsgruppe *dieDatenschützer Rhein Main* geteilt.
7. Insgesamt erscheint der Einsatz von Bodycams nicht geeignet, auch nur einen einzigen Vollzugszweck zu befördern oder zu unterstützen. Daher ist der Einsatz unverhältnismäßig. Eine gesetzliche Regelung, auch nur begrenzt auf ein „Pilotprojekt“, wäre infolge dessen verfassungswidrig.
8. Sollte sich die Tendenz zu immer mehr Überwachung tatsächlich durchsetzen, ist zu erwägen, dass auch die Vollzugsbedingungen durch Bodycams für Insassen eine Dokumentation ihrer Bedingungen ermöglicht. Die Diskussion zu Polizeimaßnahmen in den letzten Monaten (aktuelles Stichwort: Frankfurt-Sachsenhausen / technisches Versagen der mitgeführten polizeilichen Bodycam) ist dafür ein (aber nicht der einzige) Grund.